

## Heute

### Treffen der Mächtigen Der G-20-Gipfel in Brisbane beginnt

Die G-20 (Abkürzung für Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer) ist ein seit 1999 bestehender informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten und der Europäischen Union. Sie soll als Forum für die Kooperation und Konsultation infragen des internationalen Finanzsystems dienen. Heute treffen sich die Staats- und Regierungschefs im australischen Brisbane.

[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)

### EU-Konjunktur

#### Europas Wirtschaft wächst zaghaft

**BRÜSSEL** Europas Wirtschaft wächst weiterhin nur zaghaft. In den 28 Ländern der Europäischen Union (EU) legte die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0,3 Prozent zu, wie die Statistikbehörde Eurostat am Freitag in einer ersten Schätzung mitteilte. In den 18 Ländern der Eurozone stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Ökonomen waren davon ausgegangen, dass es wie schon im Frühjahr nur zu einem Plus von 0,1 Prozent reicht. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wuchs das BIP in den Monaten Juli bis September laut Eurostat weit mehr als im Quartal zuvor um 0,8 Prozent. Von den EU-Ländern stecken mit Italien und Zypern noch zwei Länder in der Rezession. Deutschland schrammte knapp daran vorbei. Die Wirtschaft im Dauersorgenkind Frankreich wuchs mit 0,3 Prozent im dritten Quartal überraschend sogar deutlich stärker als in Deutschland (0,1 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresquartal sieht die Lage aber genau umgekehrt aus: Während Deutschland ein Plus von 1,2 Prozent verbuchte, schaffte die zweitgrösste Volkswirtschaft der Eurozone nur 0,4 Prozent. (sda/afp/dpa)

# Symposium zu «25 Jahre zweite Säule» im Fokus von Reformen

**Wandel** Liechtenstein hat vor 25 Jahren das gesetzliche Obligatorium für die betriebliche Personalvorsorge eingeführt. Eine sozialpartnerschaftliche Alterssicherung, die sich bewährt hat, aber aufgrund des demografischen Wandels reformbedürftig geworden ist.

VON JOHANNES MATTIVI

Am Symposium des Wirtschaftsministeriums mit über 150 Teilnehmern sind am Freitag in Vaduz Bedeutung, Trends und Handlungsbedarf für eine sichere und tragfähige zweite Säule des Vorsorgesystems diskutiert worden. Als liberal gestaltetes Obligatorium, welches nur Mindeststandards vorschreibt, um die einzahlenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer neben den AHV-Beiträgen flexibel, aber nicht übermässig zu belasten, hat sich die betriebliche Personalvorsorge (BPV) nach anfänglichen Diskussionen bewährt. Aber so wie der AHV macht auch der BPV der demografische Wandel zu schaffen. Eine wachsende Zahl älterer Rentenbezieher steht eine schrumpfende Zahl nachrückender junger Einzahler gegenüber. Das gesamte Pensionssystem bedarf demnach grundlegender Reformen, wenn es überlebensfähig bleiben soll, machte Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer zu Beginn des Symposiums an der Universität Liechtenstein klar.

#### Lebensstandard sichern

Die Grundidee der obligatorischen Kombination aus erster und zweiter Säule (AHV und BPV) ist es, allen Arbeitnehmern im Land in der Pension nach Möglichkeit ihren aus der Aktivzeit gewohnten Lebensstandard weiter zu sichern. Die Ansprüche sinken im Alter heute nicht mehr automatisch und gewisse Fixausgaben für Miete, Lebensmittel etc. bleiben gleich oder werden sogar teurer. Zudem sind die heutigen Rentner in der Regel viel aktiver und rüstiger als frühere Rentnergenerationen. Im Jahr 2013 verfügte die kapitalgedeckte BPV über Aktiven von rund 5 Milliarden Franken und konnte 157 Millionen Franken auszahlen. Geld, das zum grossen Teil wieder in den Wirtschaftskreislauf gelangt und damit die Volkswirtschaft stärkt. Dennoch stellen die steigende Zahl von Leistungsbezügern, die schrump-



Von links: Mario Gassner (FMA), Hanspeter Konrad (ASIP), Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer, Walter Ackermann (Universität St. Gallen), Jürg Brechbühl (BSV) und Alexander Imhof (FMA). (Fotos: Nils Vollmar)

fende Zahl von jüngeren Einzählern sowie nicht zuletzt historisch niedrige Zinsen auf den Finanzmärkten die Einnahmen- und Ausgabenbilanz des Systems zunehmend auf die Probe. Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer gab sich indes zuversichtlich, dass die Politik bei der anstehenden Revision des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge (BPVG) im übergeordneten Interesse einer zukunftsfähigen und für alle tragbaren zweiten Säule handeln werde.

#### Herausforderungen im Fokus

Der Fokus des Symposiums lag anschliessend auf den Herausforderungen, welche die zweite Säule neben den erwähnten demografischen Veränderungen und der steigenden Lebenserwartung auch aufgrund des Wandels der Lebens- und Arbeitsformen und des wirtschaftlichen Umfelds zu bewältigen hat. Mit Jürg Brechbühl, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), Hanspeter Konrad, Direktor des Schweizerischen Pensionskassenverbands ASIP, und Walter Ackermann, Universität St. Gallen, wurden diese Fragestellungen von Fachleuten aus der Schweiz beleuchtet.



Von links: Jürg Brechbühl (BSV), Beat Krieger (FMA) und Erbprinz Alois im Gespräch.

Die liechtensteinische BPV lehnt sich stark an das Schweizer System an, weshalb die Reformdebatten und -bemühungen in der Schweiz auch hierzulande mit grossem Interesse verfolgt werden. Mitorganisatorin der Veranstaltung war die Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein. Mario Gassner, Vorsitzender der Geschäftsleitung der FMA, präsentierte Zahlen und Fakten zur betrieblichen Personalvorsorge in Liechtenstein. Alexander Imhof, Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsleitung der FMA, zeigte den aktuellen Re-

formbedarf des BPVG auf, der sich einerseits wegen des stark veränderten Vorsorgeumfelds ergibt. Andererseits muss aufgrund des Anschlusses Liechtensteins an den schweizerischen BVG-Sicherheitsfonds die Gleichwertigkeit des liechtensteinischen Rechtsrahmens mit demjenigen der Schweiz sichergestellt werden.

Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Obligatoriums hat die FMA Zahlen und Fakten zur betrieblichen Personalvorsorge in Liechtenstein in einer Broschüre zusammengefasst. Sie steht auf der Website der FMA, [www.fma.li](http://www.fma.li), zum Download bereit.

Am 1. Juni 1998 wurde die Europäische Zentralbank (EZB) errichtet. Der EZB blieben damit nur gerade sieben Monate Zeit, um sich auf die ihr damals zugedachten beiden Kernaufgaben vorzubereiten: den Wechsel von den nationalen Währungen auf den Euro sowie die Festlegung einer Geldpolitik für den neuen Euro-Währungsraum. Heute, fast 15 Jahre nach der Errichtung der EZB, wird der Euro in einem Gebiet genutzt, das sich von Zypern bis Irland und von Portugal bis Finnland erstreckt. In mehr als der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten wurde der Euro bereits eingeführt.

#### EZB: vom Währungs- zum Stabilitätshüter

Am 4. November 2014 hat die EZB nun als Teil des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (sog. Single Supervisory Mechanism oder kurz: SSM) die Aufsicht über die Banken im Euroraum übernommen. Die Hauptziele des SSM bestehen darin, die Sicherheit und Solidität des europäischen Bankensystems zu gewährleisten und die finanzielle Stabilität in Europa zu verbessern. Im Kern geht es darum, Fehlentwicklungen in den nationalen Bankensektoren frühzeitig erkennen und korrigieren zu können, um negative Wechselwir-

kungen zwischen den Bankensystemen und Staatsfinanzen sowie Ansteckungsgefahren für die anderen Mitgliedsländer zu minimieren. 120 der bedeutendsten Bankengruppen werden dabei der direkten Aufsicht durch die EZB unterstehen, was gemessen an den Aktiva 82% des Bankensektors im Eurogebiet entspricht. Für die übrigen 3500 Banken gibt die EZB die Aufsichtsstandards vor und überwacht deren Anwendung.

#### Umfassende Prüfung

Der Übernahme dieser neuen Funktionen durch die EZB ist eine einjährige Vorbereitungsphase vorausgegangen, in der im Rahmen von Stresstests unter anderem die Widerstandsfähigkeit und die Bilanzen der 120 grössten Banken des Euroraums geprüft wurden. Am 26. Oktober 2014 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Bericht zu diesen Stresstests vorgelegt. Die Ergebnisse bestätigen, dass die bewerteten Banken heute über deutlich mehr Eigenmittel verfügen, bedeutend stressresistenter sind und der Europäische Bankensektor insgesamt damit in einem bedeutend besseren Zustand ist als noch vor ein paar Jahren. Bei 25 Banken deckte die Überprüfung jedoch auch eine Kapitallücke von 25 Mrd. Euro auf, Banken mit einer Kapitallücke müssen binnen zweier

### Gastkommentar

#### Neues Zeitalter in der Europäischen Bankenaufsicht



SIMON TRIBELHORN  
GESCHÄFTSFÜHRER DES  
LIECHT. BANKENVERBANDS

Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse Kapitalpläne vorlegen und innerhalb von neun Monaten die Kapitallücke schliessen. Der Bewertung zufolge würde sich in einem ersten Krisenfall das sogenannte Kernkapital (Common Equity Tier 1 - CET1) der Banken um rund 263 Mrd. € verringern. Dies hätte eine Abnahme der durchschnittlichen CET1-Quote um 4 Prozentpunkte von 12,4 Prozent auf 8,3 Prozent zur Folge. Der Rückgang fällt damit stärker aus als in vergleichbaren Untersuchungen der Vergangenheit, wodurch der strenge Massstab

der EZB deutlich wird. Die Quote läge in diesem Fall jedoch immer noch über dem Minimum von 5.5%.

#### Liechtenstein: aussen vor und doch mittendrin

Liechtenstein als EWR-Land ist nicht Teil des einheitlichen Aufsichtssystems. Die liechtensteinischen Banken unterstehen damit nicht der Aufsicht der EZB - weder direkt noch indirekt und wurden auch nicht der Prüfung durch die EZB unterzogen. Hingegen ist Liechtenstein als EWR-Land Teil des Europäischen Binnenmarktes und damit indirekt sehr wohl vom neuen Regime der Europäischen Bankenaufsicht betroffen. So wird beispielsweise die Glaubwürdigkeit und die Aufsichtspraxis eine wesentliche Rolle für das Vertrauen in den europäischen Bankensektor und damit reflexartig auch für die liechtensteinischen Banken spielen. Den liechtensteinischen Banken kommt dabei zugute, dass sie mit einer durchschnittlichen Kernkapitalquote (CET1) von mehr als 20% vergleichsweise sehr gut kapitalisiert und krisenresistent sind. Wie der genaue Ablauf der Aufsicht in Zukunft aussehen wird und welches die konkreten Auswirkungen - auch auf die Banken in Liechtenstein - sein werden, wird sich weisen. Die

Universität Liechtenstein und der Bankenverband haben diese wegweisenden Entwicklungen zum Anlass genommen und für die Verleihung des Banking Awards Liechtenstein am 27. November 2014 als Keynote Speaker den StV. CEO der European Banking Federation (EBF), Robert Priester, eingeladen. Sein Gastreferat wird er dem Europäischen Aufsichtssystem - den bisher gemachten Erfahrungen und den anstehenden Herausforderungen - widmen. Dabei wird er auch auf die neue Rolle der EZB eingehen.

Das «Volksblatt» gibt Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äussern. Diese muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

ANZEIGE

**i** SAMSTAG  
22. NOV. 2014  
13-16 UHR  
IN VADUZ

[www.uni.li/infotag](http://www.uni.li/infotag)